



DORIS BURES
Bundesministerin
für Verkehr, Innovation und Technologie

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag.^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

XXIV. GP.-NR

8751/AB

17. Aug. 2011

zu 8863/J

GZ. BMVIT-9.000/0021-I/PR3/2011
DVR:0000175

Wien, am 8. Juli 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Winter und weitere Abgeordnete haben am 17. Juni 2011 unter der **Nr. 8863/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Lobbyisten in Österreich 2 gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6 sowie 11 und 12:

- *Wie viele Aufträge gehen in Ihrem Wirkungsbereich auf die Tätigkeit von Lobbyisten zurück?*
- *Um welche Aufträge handelt es sich hierbei?*
- *Wie hoch war das Volumen dieser Aufträge, aufgegliedert nach den jeweiligen Aufträgen?*
- *Wie viele Aufträge wurden durch Lobbyisten, welche in der EU-Datenbank für Lobbyisten erfasst sind, indiziert?*
- *Wie viele Aufträge wurden durch Lobbyisten, welche nicht in der EU-Datenbank für Lobbyisten erfasst sind, indiziert?*
- *Werden Interventionen von Lobbyisten, welche in der EU-Datenbank für Lobbyisten erfasst sind, gegenüber nicht registrierten Lobbyisten bevorzugt behandelt?*
- *Was werden Sie tun, um die Privatwirtschaftsverwaltung Ihres Ressorts transparenter zu gestalten?*



- *Was werden Sie tun, um die Beeinflussung von hoheitlichen Akten durch Lobbyisten zu verhindern?*

Ich verweise auf meine Anfragebeantwortung zur schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 6344/J vom 25. August 2010.

Zu den Fragen 7 bis 10:

- *Werden Sie sich nach Ihren Möglichkeiten für die Schaffung einer Datenbank, welche die Lobbyisten in Österreich erfasst, einsetzen?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Werden Sie sich nach Ihren Möglichkeiten für die Akkreditierung von Lobbyisten in Ihrem Ministerium einsetzen?*
- *Wenn nein, warum nicht?*

Das Bundesministerium für Justiz hat am 21. Juni 2011 den Entwurf für ein Lobbying- und Interessensvertretungs-Transparenzgesetz zur allgemeinen Begutachtung versandt.

Diesbezüglich verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 8859/J durch die Frau Bundesministerin für Justiz.

Doris Drees